

Die Klimakonferenz in Kattowitz – Klimaspektakel zum Geldumverteilen! Wobei die Geber nicht gefragt werden, ob sie das wollen.

Dieser Begriff bezeichnet die jährlich stattfindenden Großkonferenzen zum politischen Handling der Theorie des menschlich verursachten Klimawandels. Analoge Bezeichnungen sind „(Welt-)Klimagipfel“ oder „Vertragsstaatenkonferenz“. Es gibt kein vergleichbares Format einer internationalen politischen oder wirtschaftlichen Veranstaltung, das auf der Grundlage von Computersimulationen Einflussnahme anstrebt und gigantische Summen an Geld umverteilen können. „Klimapolitik verteilt das Weltvermögen neu“, sagte Ottmar Edenhofer vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung schon vor Jahren.

Aus der Ursprungsveranstaltung, dem Umweltgipfel in Rio 1992, folgte ab 1995 als wiederkehrende Großveranstaltung zunächst in Berlin die mit „COP 1“ bezeichnete Klimakonferenz („Conference of the Parties“, Konferenz der Teilnehmerstaaten). Sauber durchnummeriert findet nun in Kattowitz Teil 24 statt.

Parallel etablierte sich seit 2005 ein mit „CMP“ bezeichnetes Tagungsformat („Meeting of the Parties to the 1997 Kyoto Protocol“), das die Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls begründeten und das nun gemeinsam mit COP erfolgt.

Könnte man die Wichtigkeit und Beliebtheit von Konferenzen an Teilnehmerzahlen festmachen, wären COP und CMP konkurrenzlos in Führung. Bei den Teilnehmern handelt es sich nur zum Teil um aus einem demokratischen Prozess hervorgegangene Delegierte, sondern eher um Gesandte herrschender Potentaten, handverlesene Wissenschaftler und Vertreter von NGO's, von denen vermutlich alle kommen dürfen, die der Lehre des AGW („anthropogenic climate change“ – menschengemachten Klimawandels) folgen und sich laut genug öffentlich äußern.

Alle machen mit

Versammelten sich in Rio 1992 etwa 15.000 Menschen, zog kurzfristig eine gewisse Bescheidenheit in Form nur vierstelliger Zahlen Beteiligter ein (Berlin 1999 bis Nairobi 2006). Schon in Kopenhagen 2009 versammelten sich 16.500 Leute, was das Scheitern dieser Konferenz begünstigt haben dürfte. Die Versammlungsleitung wird mit einem solch babylonischen Gewimmel zum Kunststück.

In Bonn 2017 kamen 25.000 Menschen zusammen. Deutschland sprang als Veranstalter für Fidschi ein, das nicht die Möglichkeiten zur Ausrichtung einer solchen Megaveranstaltung zu bieten hatte. Die Kosten dafür blieben,

logisch, auch in Deutschland. Fidschi hatte die exklusive Möglichkeit, Schuldzuweisungen an die Industriestaaten auszusprechen und Geld zu fordern. Dass die Höhenlage der pazifischen Inseln eher von der Plattentektonik unter ihnen abhängig ist, als von lokal verschieden sich entwickelnden Meeresspiegelhöhen, ist unter Klimapolitikern auf der Suche nach schuldigen Menschen kein Thema.

Die Kosten für das Veranstalterland sind enorm. 2017 in Bonn waren 117 Millionen Euro fällig. Brasilien als vorgesehener Ausrichter 2019 hat inzwischen dankend abgelehnt.

In Kattowitz drängeln sich über 20.000 Teilnehmer, darunter 406 aus Guinea und 273 aus dem Kongo. Ob die Vollpension und das Tagegeld der UN eventuelle missbräuchliche Anwesenheit fördern, wurde noch nicht untersucht. Der ökologische Fußabdruck ihrer Anreise und ihres immerhin zwölf-tägigen Aufenthalts ist offenbar noch nicht berechnet worden, steht aber im Gegensatz zu allen Appellen für Verhaltensänderungen an die Bevölkerungen. Sind Megakonferenzen mit Vor-Ort-Präsenz im digitalen Zeitalter noch zeitgemäß? Nutznießer der Großkonferenzen sind die Teilnehmer, die zum Teil oder gänzlich von Klimapolitik leben und deren Existenzgrundlage entfielen, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse die Theorie vom AGW entschärfen würden.

Der Empfang mit einer Bergmannskapelle und die Eröffnungsrede von Präsident Duda dürfte bei einigen besonders progressiven Teilnehmern für Verunsicherung gesorgt haben. Ein Präsident verteidigt die Energiestrategie seines Landes mit dem Hinweis auf Wirtschaft und Wohlstand, anstelle in Selbstbeziehung und Schuldzuweisungen zu verfallen. **„Kohle ist unser größter Schatz“** und er wolle es nicht zulassen, dass **„irgendjemand den polnischen Bergbau ermordet“**, so Duda weiter in seiner Rede. Verschreckt fielen zahlreiche Delegierte und wohl auch Journalisten auf den Boden der Realitäten eines Ausrichterlandes. Im Gegensatz dazu wird die deutsche Umweltministerin visionär sein, wenn sie, wie vorgesehen, über ein deutsches Klimaschutzgesetz spricht, dass es noch gar nicht gibt. Vielleicht formuliert sie mit dem Blick auf Gelbe Westen nochmal um.

Der Erfolg der Konferenzarbeiten ist schwierig zu bewerten. Nach einer Stagnation der weltweiten CO₂-Emissionen 2014-2016, die wohl einer chinesischen Wachstumsdelle geschuldet war, bringen 2017 und 2018 Anstiege von 1,6 und vermutlich 2,7 Prozent mit sich. Wie hoch der Anstieg ohne Klimakonferenzen gewesen wäre, ist natürlich nicht zu ermitteln. Ob eine Konferenz wie in Kopenhagen 2009 scheitert oder wie in Paris 2015 als Erfolg gefeiert wird, ist bei Betrachtung des Trends unwesentlich. Entscheidend sind die Wirtschaftsdaten der großen Staaten und, von Klimapolitikern ignoriert, das Wachstum der Weltbevölkerung.

Herr Ober, die Rechnung bitte!

Da die Anstrengungen Deutschlands nicht zu den erwarteten CO₂-Einsparungen führten, mithin der selbstverliehene Titel des „Vorreiters“ nicht mehr zu halten ist, nimmt unser Land nun die Rolle des Vorreiters bei der „Klimafinanzierung“ ein. Ohne erkennbaren äußeren Druck werfen

Umweltministerin Schulze und Entwicklungsminister Müller zum Start der Kattowitzer Konferenz schon mal 1,5 Milliarden Euro deutsches Steuergeld in den Ring. Selbstverfehlte Emissionsziele führen zu schlechtem Gewissen, das man mit erhöhtem Einsatz am globalen Ablasshandel beruhigt. Der „Green Climate Fund“ verfügt zurzeit über rund 7,3 Milliarden Dollar und fördert bereits 93 Projekte, für weitere fehlt ab Mitte 2019 das Geld. Bei der „Wiederauffüllung“ des Fonds ist Deutschland diesmal wirklich Vorreiter, weil Erster bei einer konkreten Zusage. Die Weltbank will bis 2025 mit 200 Milliarden Dollar (!) helfen, aber wohl kein Geld verschenken, sondern verleihen.

Die Vermutung, das Geld käme nur für Projekte in den bedürftigsten Ländern zum Einsatz, trifft allerdings nicht zu. In der vergangenen Sitzung des Verwaltungsrates des Klimafonds ging es auch um einen Antrag aus Bahrein, dem Emirat, das auf der Liste der reichsten Länder auf Platz 15 rangiert und ein Pro-Kopf-Einkommen von 43.000 Dollar aufweist. Verlangt wurde Förderung für ein Projekt zur Sicherung der Wasserversorgung. Letzten Endes wurden nur 20 Prozent der Antragssumme bewilligt, schlappe zwei Millionen Dollar, mitfinanziert aus Deutschland (36.000 Dollar pro Kopf). So zieht ein reiches Emirat Geld aus dem Klimafonds und denkt nicht daran, aus seinem Geschäftsmodell Ölförderung auszusteigen. China bekommt Geld, obwohl es als Hochtechnologieland, Raumfahrtnation und ausgestattet mit den höchsten Devisenreserven der Welt, erst ab 2030 seine Emissionen senken will. Auch Venezuela fordert Geld. Das ehemals vermögende Land, das seine Erdölindustrie in staatsplanerischer Manier vor die Wand fuhr, ruft nun unter dem Vorwand des Klimaschutzes nach Geld zum Überleben. Die Bundesregierung, die mit zwei Personen im Verwaltungsrat vertreten ist, will künftig „besser aufpassen“.

Klimapolitik ist harte Interessenpolitik, nur in Deutschland eine hochmoralische Kategorie. Nach Beschluss der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 sollen ab 2020 über den Green Climate Fund jährlich 100 Milliarden Dollar umverteilt werden, mit steigender Tendenz. Da sich Trump als Egoist aus dem Kreis der Geberländer verabschiedete, müssen andere mehr zahlen. Immerhin kamen vom Yankee drei Milliarden Dollar, bei einem Gesamtvolumen von 9,3 Milliarden in 2014. Künftig müssen das die anderen Geberländer ausgleichen, wobei für Deutschland ursprünglich etwa 10 Prozent, also 10 Milliarden Dollar vorgesehen waren. Das wird künftig nicht mehr reichen. Nach dem Rückzug der USA und dem Brexit, nach dem der Beitrag des Königreichs ungewiss sein dürfte, zahlen nur noch Japan, Kanada und Australien sowie eine kleine Anzahl Länder mit geringen Beträgen ein. Die Türkei, sonst bedacht darauf, am Tisch der Industrieländer zu sitzen, forderte schon in Paris ihren Platz unter den Nehmerländern ein.

Wahrscheinliche Genauigkeit

Ziel aller Bemühungen ist eine Begrenzung der globalen Temperaturerhöhung auf 1,5 Grad im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter. Gegriffen wird dabei willkürlich der Zeitpunkt vor 150 Jahren. Wie die globale Temperatur damals gemessen wurde, ist fragwürdig. Für die Feststellung von Temperaturdifferenzen könnte man nur die gleichen Messstellen heranziehen. Auf eine Hörerfrage, welche Temperatur die Grundlage des 1,5-Grad-Ziels sei,

antwortete der Deutschlandfunk nach einem Beitrag zu diesem Thema einem Hörer wie folgt:

„Eine exakte Angabe für die absolute globale Mitteltemperatur gibt es nicht. Klimaforscher arbeiten hier mit einer Temperaturspanne als bester Schätzung, deren Validierung/Eingrenzung auch immer noch Gegenstand der Forschung ist. Das ist auch nachvollziehbar, da es damals noch kein so dichtes Messnetz und keine so umfassenden Temperaturlaufzeichnungen gab.“ (Anmerkung der Redaktion Man sehe die ebenso merkwürdigen Aussagen von PIK Professor Anders Levermann und Kommentare [dazu hier](#))

Auf der Grundlage so ermittelter Temperaturdifferenzen sollen nun einschneidende weltpolitische Maßnahmen folgen, bis hin zur Schellnhuberschen „Großen Transformation“. Politische Wissenschaftler „errechnen“ auf Basis wahrscheinlichkeitsbehafteter Schätzungen CO₂-Budgets, die die Menschheit vermeintlich noch emittieren darf. Zur Erreichung des 1,5-Grad-Ziels seien noch 420 Gigatonnen „erlaubt“, zur Erreichung des 2-Grad-Ziels noch 1.070 Gigatonnen. Das reicht für neun beziehungsweise 24 Jahre, es gibt dazu auch abweichende Angaben.

Da absehbar der Reduktionspfad durch globales Abschalten, Zu-Fuß-Gehen und Salatessen nicht erreichbar scheint, kommen verstärkt nach dem Prinzip Hoffnung negative Emissionen ins Spiel, die man erreicht, wenn man der Atmosphäre CO₂wieder entzieht. Zwar ist vollkommen unklar, welche Technologie in welcher Größenordnung zu welchen Kosten zur Verfügung stehen wird, aber hier folgt man offenbar dem deutschen System, erst mal Ziele nach dem Prinzip Hoffnung zu formulieren.

Unterdessen schrieb das IPCC in einem Sonderbericht, das 1,5-Grad-Ziel sei noch erreichbar, wenn die Weltwirtschaft „schnell und weitgehend“ klimafreundlich umgebaut würde. Das interpretierten deutsche Qualitätsmedien als weiteren Aufruf zu schnelleren Abschaltungen böser Kohlekraftwerke. In üblicher selektiver Berichterstattung erwähnten sie einen wichtigen Aspekt des Sonderberichts nicht. Das IPCC geht für diesen Prognosepfad von einem erheblichen Ausbau der globalen Kernkraftkapazitäten aus.

Seit Jahren trommeln Medien, es sei für die Erderwärmung „fünf vor zwölf“. BILD erklärte seinerzeit das Jahr 2013 als „Kippjahr“, nach dem wir nicht mehr zu retten seien. Im Sonderbericht des IPCC sind plötzlich weitere 300 Gigatonnen CO₂-Budget gefunden worden, somit ist es wieder „fünf vor zwölf“.

Meine Prognose:

Es bleibt immer „fünf vor zwölf“. Im anderen Fall wäre nicht mehr CO₂-Vermeidung, sondern Anpassung an Klimawandelfolgen erstes Thema. Das würde den Geldzufluss für die politischen Klimawissenschaften mindern und der Subventionswirtschaft der Ökoindustrien den Treibstoff entziehen.

Die Konferenzen werden fortgesetzt. Die Bergmannskapellen werden weiterspielen.

Grüne Konditionierung im Unterricht: Handreichungen für der Physikunterricht zum Thema Kernkraft

Sehr geehrter Herr Limburg,

Ein junger Lehrer gab mir diesen Link, auf den er bei der Vorbereitung seines Unterrichts gestoßen ist, weiter.

Die Schüler sollen zwar mit dem Thema Kernkraft konfrontiert werden, jedoch nicht vorbehaltlos, sondern unter entsprechendem, politisch korrektem Vorzeichen:

'Zu Beginn des Unterrichts empfiehlt es sich, eine emotionale Betroffenheit zu provozieren, indem Bilder atomarer Katastrophenszenarien gezeigt werden, die den Schülern erste Einblicke in das folgende Thema geben.'

<https://www.planet-schule.de/wissenspool/total-phaenomenal/inhalt/unterricht/kernkraft.html>

Sowohl die Handreichungen, wie auch die empfohlenen Links dienen nicht der objektiven Information, sondern lediglich der ideologischen Begründung des deutschen Atomausstiegs.

Es geht nicht um den mündigen Schüler, sondern um Indoktrination mit grüner Ideologie und das Schüren der Angst vor der Kernkraft.

Da ich in der DDR aufwuchs, sind mir derartige Methoden zu gut bekannt, leider.

Mit freundlichen Grüßen,

Fakenews vom Spiegel zum Klimagipfel

Der Spiegel berichtet rechtzeitig zum Weltklimagipfel über unrentable Kohlekraftwerke, die durch preiswertere „erneuerbare“ Energien ersetzt werden sollten. Wenn das stimmt, könnte Deutschland und die Welt die „Erneuerbaren“

in die Marktwirtschaft entlassen und alle Gesetze und Initiativen zur Durchsetzung der Energiewende streichen. Da das nicht geschieht, ist diese Aussage wohl falsch. Richtig ist, die Kohlekraftwerke sind in fast allen Ländern der Erde das Rückgrat einer sicheren und preiswerten Stromversorgung.

Doch 42 Prozent der vom Londoner Analysehaus Carbon Tracker weltweit untersuchten 6685 Kraftwerke schreiben rote Zahlen. Carbon Tracker wurde 2009 von Finanzanalysten, Fondsmanagern und „Energieexperten“ gegründet und spezialisiert sich auf Auswirkungen des Klimawandels in den Finanzmärkten. Als Gründe für die Unwirtschaftlichkeit werden Vorschriften gegen [Luftverschmutzung](#), wachsende Kosten für den CO₂-Ausstoß und hohe Brennstoffpreise ohne nähere Angaben genannt. Doch das stimmt nicht. Moderne Kraftwerke emittieren fast nur noch Wasserdampf und Kohlenstoffdioxid. Die Kosten für den CO₂-Ausstoß werden von Regierungen erhöht, um den Kohlestrom zu verteuern und so die Energiewende durchzusetzen. Die Brennstoffpreise sind Weltmarktpreise. Je nach Angebot und Nachfrage können sie steigen oder fallen.

Die Kohlekraftwerke in den USA sind teilweise unrentabel geworden, weil mit dem Fracking (in Deutschland nicht erlaubt) Gas gewonnen wird, das preiswerter als die Kohle ist. Strom aus „erneuerbaren“ Anlagen ist dagegen deutlich teurer als Kohlestrom. Preiswertes Gas und teure „Erneuerbare“ als Ursache für wirtschaftliche Schwierigkeiten der Kohlekraftwerke verantwortlich zu machen, ist eine gezielte Desinformation.

Die deutschen Kohlekraftwerke leiden unter den Dumping-Verkäufen des Ökostroms.



Edenhofer PK zur geforderten Emissionsabsenkung: Sie sollen rentablen Technologien Klötze ans Bein binden, neuen grünen Technologien uneinholbare Vorteile verschaffen. (1)

(1) „et“ – Energiewirtschaftliche Tagesfragen 5-2007



Klötze an Bein binden, uneinholbare Vorteile verschaffen. Zum Vergrößern anklicken

Der wetterabhängige Wind- und Solarstrom hat einen geringen oder sogar negativen Wert gemäß Strompreisbörse. Mal gibt es zu viel davon, dann muss

man ihn entsorgen und nachts oder bei Windstille müssen die Kohlekraftwerke übernehmen. Dieser zweitklassige, sogenannte grüne Strom, den man getrost als Fakepower bezeichnen kann, wird über die Börse weit unter den Gestehungspreisen und auch unter den Erzeugerpreisen vieler Kraftwerke verkauft. Das ist Dumping. Dumping wird üblicherweise weltweit bekämpft und geahndet, weil dadurch ein Wettbewerb unmöglich wird. Seltsamer Weise gilt dies aber nicht für Fakepower in Deutschland. Auf eine Anzeige vom Stromverbraucherschutz NAEB beim Bundeskartellamt gab es sinngemäß die Antwort: Das sei kein Dumping, sondern Gesetz. Warum prangern die Finanzexperten von Carbon Tracker das Fakepower-Dumping nicht an?

Die Aussage: „Heute aber könnten erneuerbare Energien in der gesamten EU billiger Strom liefern als neue Kohlemeiler“, ist ein Wunschdenken, an das der nicht sachkundige Leser glauben soll. Es ist eine bewusste Desinformation um die Profiteure der Energiewende zu unterstützen.

Die Kosten für Kraftwerkstrom und Fakepower:

Erzeugungskosten der konventionellen Kraftwerke in Ct./kWh

Kernkraftwerke	3,0
Braunkohlenkraftwerke	3,0
Steinkohlenkraftwerke	5,0
Gaskraftwerke	7,0

Vergütungskosten für Fakepower

Windstrom, Land	9
Windstrom, See	19*
Solarstrom	14
Biogasstrom	14

***: +5 Cent /kWh für den Transport an Land**

Die durchschnittliche Vergütung für Ökostrom lag im Jahr 2017 nach Angaben des Wirtschaftsministeriums bei 16,2 Cent /kWh. Hohe Vergütungen für Altanlagen und Sondervergütungen sind die Ursache.

Die Vergütungen umfassen den Gewinn der Betreiber in Höhe von 2 bis 3 Cent /kWh.

Der Spiegel rechnet zu den Produktionskosten der Kohlekraftwerke auch die

politischen (fiktiven) Kosten, nämlich CO₂-Abgaben und Umweltgesetze, die jederzeit geändert werden können. Die Umweltschäden durch Wind-, Solar- und Biogasanlagen werden dagegen nicht bewertet. Auch hier zeigt sich wieder eine klare Desinformation, die man auch als Fakenews bezeichnen kann.

Unterschwellig wird in dem Artikel die vollständige Umstellung auf Strom aus „regenerativen“ Energien gefordert. Dies ist technisch nicht möglich. Zur Einspeisung der schnell wechselnden Fakepower muss ein stabiles Netz als Grundlast von den großen Kraftwerken als Taktgeber vorhanden sein. Nach Angleichung von Frequenz und Phase an das Netz kann eine Einspeisung der einzelnen Wind- und Solaranlagen erfolgen. Ohne die Grundlast kann kein stabiles Netz aufgebaut werden. Die Grundlast muss mindestens 45 Prozent der Netzleistung betragen. Diese 45 Prozent Regel ist offensichtlich den „Energieexperten“ von Carbon Tracker nicht bekannt. Im Zuge von Unwissenheit werden dadurch völlig falsche Erwartungen geweckt. Diese Art der Meinungsbildung, die letztendlich zu massiven volkswirtschaftlichen Schäden führt, darf offensichtlich ohne Konsequenzen betrieben werden.

AfD-Bundestagsfraktion Steffen Kotre' Kohleverstromungsvotum heute auf Twitter und Facebook

Die Partei AfD spricht sich klar und eindeutig gegen die Energiewende aus. Hier ist ein kleiner Auszug aus dem Entwurf des Europawahlprogrammes 2019 in aktueller Fassung:

Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas und Kernkraft ist unabdingbare Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik. Braunkohle ist der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung. Die EU und die Bundesregierung bereiten mit Hilfe der CO₂ Zertifikate Politik und über eine Besetzung der deutschen Kohlekommission mit Fachfremden und Ideologen den Kohleausstieg vor. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland

Nachdem seit Wochen die Weltklimaretter auf den Social-Media Twitter und Facebook mit massiv beworbenen Tweets trommeln hält nun die AfD dagegen – vielen Dank. Folgen Sie Herrn Kotre auf Twitter @SteffenKotre und verbreiten die Nachricht weiter oder auf Facebook unter @St.Kotre

Umweltschutz auf den Meeren

Der Schadstoff Schwefel

Wenn Schwefel verbrannt wird, entsteht Schwefeldioxid (SO_2) und Schwefeltrioxid (SO_3). In Verbindung mit Wasser bildet sich daraus Schwefelsäure (H_2SO_4). Im grünen Deutschland einst – unter dem Kampfbegriff „Waldsterben“ – sehr populär. Im Zusammenhang mit Dieselmotoren soll besonders SO_3 eine herausragende Rolle spielen: Es gilt als ein wesentlicher Verursacher des Dieselrußes. Der Vorläufer des aktuellen Aufregers Stickoxide im Kampf gegen den Verbrennungsmotor.

Wenn Abgase den Schornstein verlassen, beginnen sie sich unmittelbar zu verdünnen. Eine nicht zu vernachlässigende Tatsache, insbesondere auf Hoher See. Dort werden sie vom Regen ausgewaschen und stellen kein Problem für die Meeres Flora und Fauna dar. Anders verhält es sich in Küstennähe und auf Flüssen oder in Hafenstädten. Dort können die Abgase zumindest für einige Menschen lästig sein.

Die Entwicklung der Grenzwerte

Besonders in der Bucht von Tokio, in den Häfen der Westküste der USA und in Nord- und Ostsee begann man deshalb Emission Control Areas (ECA) zu definieren. In solchen Gebieten durfte ab July 2010 nur noch Treibstoff mit einem maximalen Gehalt von 1% Schwefel verwendet werden. **Dieser Grenzwert wurde ab Januar 2015 weiter auf 0,1% verschärft.** Hat man erst einmal einen Schadstoff gefunden, kann man die Grenzwerte immer weiter verschärfen. Wer will schon auf Gremien, Kongresse und Dienstreisen verzichten?

Der nächste Schritt ist dann, die gesamte Erde zu beglücken. So hat die International Maritime Organization (IMO) – müßig zu erwähnen, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen (UN) – schon im Januar 2012 den Schwefelgehalt weltweit auf 3,5% (ehemals 4,5%) begrenzt. Vorsichtshalber hat man gleich beschlossen, daß **ab Januar 2020 nur noch ein Grenzwert von 0,5% Schwefel für Schiffstreibstoffe zulässig ist.** Ein echter Kostentreiber: Bisher war es üblich, einerseits HSF0 (high-sulfur fuel oil mit 3,5% Schwefel) für das offene Meer zu tanken und andererseits schwefelarmen Treibstoff für die ECA-Zonen. Nach dem Verlassen der Küstengewässer wurde umgeschaltet. Zumindest im Sinne von Menschenschutz ein sinnvolles Vorgehen zu optimalen Kosten.

Wohin die Reise geht, kann man schon an den Grenzwerten für Benzin und Dieselkraftstoff nach DIN EN 590 erkennen. Hier sind nur noch 0,001% Schwefel zulässig. Bei den Kraftfahrzeugen mit Abgaskatalysator (nächster Schritt im Schiffsbetrieb?) eine technische Notwendigkeit. Für unser Heizöl Extra Leicht schwefelarm (HEL) sind noch 0,005% Schwefelgehalt zulässig. Hier ist es das Kondensat aus den Brennkesseln und die Kanalisation. Lediglich die Luftfahrt scheint noch ein wenig widerspenstig. Für deren Triebwerke gilt ein Grenzwert von 0,03% Schwefel für Jet A1.

Das Rohöl und seine Verarbeitung

Erdöl ist ein Naturprodukt und unterliegt damit großen Schwankungen in seiner Zusammensetzung. Im Handel unterscheidet man leichte (light crude oil) und schwere Rohöle (heavy crude oil), sowie den Schwefelgehalt (sweet oder sour crude oil). Raffinerien müssen sich entsprechend ihrer Verfahrenstechnik und ihrer Kundenwünsche das geeignete Rohöl zusammenkaufen. Der Preis stellt sich am Weltmarkt nach Angebot und Nachfrage ein. Von der Tendenz her, sind dünnflüssige und schwefelarme Rohöle teurer.

Der erste – und in vielen Ländern auch der einzige – Verfahrensschritt ist die Destillation. Das Rohöl wird auf etwa 400 °C erhitzt und in eine Kolonne eingespeist. Dort verdampft es teilweise und kondensiert bei unterschiedlichen Temperaturen in verschiedenen Stufen. Die leicht flüchtigen Anteile (Benzin, Kerosin, leichtes Heizöl etc.) werden so abgetrennt. Es verbleibt ein zähflüssiges Rückstandsöl (residual fuel oil oder resid) mit fast dem gesamten Schwefel. Täglich fallen davon etwa 8 Millionen barrel weltweit an. Bisher wurden davon rund die Hälfte als Schiffstreibstoff verwendet. Die andere Hälfte wird weiter verarbeitet (z. B. Asphalt), mit großem Aufwand weiter zerlegt oder in Kraftwerken verfeuert.

Schon an dieser Stelle erkennt man, daß der derzeitige Verbrauch von etwa 3,2 Millionen barrel HSB (high-sulfur bunker mit 3,5% Schwefel) pro Tag, kein Nischenprodukt ist. Jegliche Veränderung der Spezifikationen wirkt sich unmittelbar auf die Verarbeitung (Investitions- und Betriebskosten) und die Rohölpreise aus. Ob dies die UNO-Beamten überhaupt durchschaut haben oder gar für ihre politischen Interessen ausgenutzt haben, muß der geneigte Leser selbst entscheiden.

Klar ist, daß schon immer die edleren Produkte, wie z. B. Benzin und Kerosin das Geld bei einer Raffinerie bringen mußten. Das Rückstandsöl mußte meist unter dem Einstandspreis für Rohöl verkauft werden. Für alle ein gutes Geschäft: Benzin und Heizöl wurden nicht noch teurer und die Reeder konnten wegen geringer Treibstoffpreise niedrige Frachtraten anbieten.

Die Möglichkeiten

Auf die veränderten Grenzwerte zeichnen sich folgende Reaktionen ab:

- Erwirken von Ausnahmegenehmigungen. Kann ein Schiff nicht genug schwefelarmen Treibstoff bekommen, kann es eine Sondergenehmigung für die Fahrt oder den Fahrtabschnitt erhalten.
- Einbau von Rauchgaswäschen (Scrubber)
- Umrüstung auf alternative Kraftstoffe (LNG, Methanol)
- Blending (Mischung von Produkten mit unterschiedlichem Schwefelgehalt)
- Nachrüstung von Raffinerien mit Cokern und Crackern, wodurch ein neues „Abfallprodukt“, der Petrolkoks, entsteht. Entsorgung nur zum Preis von Kesselkohle in Kohlekraftwerken möglich. Einbau zusätzlicher Entschwefelungsanlagen (Hydrosulfurierung).
- Veränderung des Rohöleinsatzes wodurch sich die weltweiten Handelsströme verschieben.

- Erhöhung des Rohöleinsatzes, Steigerung des Eigenverbrauches der Raffinerien.

Ausnahmegenehmigung

Noch ist die Abwicklung von Ausnahmen noch nicht genau geregelt. Man geht aber davon aus, daß sie ähnlich der Gepflogenheiten in der 200-Meilenzone um die USA gehandhabt werden. Dort muß die Anzeige elektronisch vor Einlaufen über einen FONAR (electronic Fuel Oil Non-Availability Report or FONAR) angezeigt werden.

In Deutschland wird das sicherlich streng überwacht und mit drastischen Bußgeldern geahndet werden. Was allerdings in Rußland und Afrika passieren wird, kann man sich leicht vorstellen.

Rauchgaswäschen

Man kann die Abgase eines Schiffsdiesels – wie in einem modernen (schornsteinlosen) Kohlekraftwerk – waschen, bevor sie in den Auspuff geleitet werden. Allerdings mit gewissen Einschränkungen. Auf einem Schiff ist der Platz begrenzt. Man kann daher nicht eine so aufwendige Verfahrenstechnik, wie in einem Kraftwerk an Land einbauen. Die nächste Frage betrifft das Waschmittel. Man kann einfach Meerwasser verwenden, was aber bedeutet, man gibt nun die Schadstoffe konzentriert ab. Ob das eine Verbesserung gegenüber der Verdünnung im Fahrtwind ist, sei dahingestellt. Mit Sicherheit kann man die Abgase deshalb nicht in Häfen und Flüssen waschen. Will man auch dort waschen, braucht man einen geschlossenen Kreislauf wie in einem Kraftwerk. Bleibt dann aber die Frage der Entsorgung des Sondermülls.

Solch eine Rauchgasreinigung kostet je nach Schiff ca. 2 bis 5 Millionen US\$ und erfordert einen zusätzlichen Betriebsaufwand. Bisher werden sie hauptsächlich in Kreuzfahrtschiffen eingebaut. Dort können sie den Passagieren ein besonders gutes Gefühl geben.

Alternative Kraftstoffe

Es gibt praktisch zwei Alternativen: Flüssiges Erdgas (LNG) und Methanol. Beide enthalten keinen Schwefel. In sog. Gas-Diesel-Motoren können sie problemlos verbrannt werden. Bei ihnen ist ein kleiner Anteil Diesel nur noch zur Zündung (1,5 bis 6%) erforderlich (d. h. der Diesel-Kreisprozess mit seinem guten Wirkungsgrad bleibt erhalten). Gleichwohl können sie auch stufenlos nur mit Diesel betrieben werden. Derzeit ist LNG der absolute Favorit (bei Neubauten) gegenüber Bunkeröl. Hinzu kommt eine „Zukunftssicherheit“. Auch die IMO bastelt bereits an CO₂ Vorschriften und Abgaben. Erdgas setzt gegenüber Öl nur rund 75% CO₂ frei. Allerdings ist das Volumen von LNG größer und es ist eine aufwendigere Technik mit Isoliertanks nötig (Lagertemperatur < -160°C). Der Platzbedarf ist rund doppelt so groß.

Inzwischen gibt es einen Weltmarkt und ganze Tankerflotten für LNG. Gleichwohl muß erst eine Infrastruktur aus dezentralen Lagern, Tankstellen in den Häfen, Bunkerbooten, Tanklastern usw. aufgebaut werden. An der

Nordseeküste und im Ostseeraum (ECA-Zonen) ist man damit bereits weit vorangekommen. Hinzu kommt, daß LNG billig ist, jedenfalls weitaus billiger als entschwefelter Kraftstoff.

Blending

Zumindest in den ersten Jahren wird das Mischen von unterschiedlichen Ölen zu LSB (low-sulfur bunker bis 0,5% S) gängige Praxis sein. Es gibt etliche Raffinerien, die für dünnflüssige und süße Rohöle gebaut sind. Diese liefern ein Rückstandsöl mit rund 1% Schwefelgehalt. Will man daraus LSB herstellen, benötigt man rund die gleiche Menge an Dieselkraftstoff bzw. Kerosin etc. Diese Nachfrage wird die Preise für Kraftstoffe und Flugzeugtreibstoff in die Höhe treiben.

Nachrüstung von Raffinerien

Rückstandsöle sind ein Abfallprodukt. Ihr Wert liegt deshalb meist deutlich unter dem Einstandspreis für Rohöl. Es gab deshalb schon immer Bestrebungen, Rückstandsöle in höherwertige Produkte umzuwandeln. Grundsätzlich gilt, je mehr Wasserstoff ein Öl enthält, um so geringer ist sein Siedepunkt. Man muß also dem Rückstandsöl Wasserstoff hinzufügen. Dies geschieht z. B. in einem Coker. Dort wird Rückstandsöl bei Temperaturen von über 500°C in wasserstoffreiche Leichtöle und Petrolkoks zerlegt. Der Wasserstoff wird also hierbei nur intern umgelagert. Schwefel und Schwermetalle verbleiben im Koks.

Man kann aber auch Wasserstoff von außen hinzufügen. Mit Wasserstoff gelingt auch eine Entschwefelung. Bei der Hydrodesulfurierung wird der im Öl enthaltene Schwefel erst in Schwefelwasserstoff und anschließend in elementarem Schwefel umgewandelt. Ein sehr energieintensives Verfahren. Zudem ist Wasserstoff recht teuer.

Es handelt sich um komplexe verfahrenstechnische Anlagen. Eine Nachrüstung einer Raffinerie dauert mehrere Jahre und kostet zig Milliarden. Es ist klar, daß sich diese Kosten in den Produkten widerspiegeln müssen.

Rohöleinsatz

Raffinerien sind meist für die Verarbeitung bestimmter Rohöle gebaut. Es ist aber schon immer üblich, Mischungen verschiedener Rohöle herzustellen, um ein synthetisches Rohöl zu erhalten. Dies ist ein Weg für einfachere Raffinerien sich den Gegebenheiten ab 2020 anzupassen. Man kann z. B. das Rückstandsöl einer Raffinerie, die Arab Light verarbeitet etwa hälftig mit Bakken Rohöl vermischen und erhält daraus ein Öl ähnlich Maya Crude. Dies ist ein typischer Weg für Raffinerien am Golf von Mexiko. Man kauft das Rückstandsöl billig am Weltmarkt ein, mischt es mit besonders leichtem Rohöl aus Dakota usw. (Fracking) und kann es in den entsprechenden Raffinerien verarbeiten.

Das Henne-Ei Problem

Die Verschärfung der Grenzwerte in einem Schritt, an einem Stichtag, hat eine enorme wirtschaftliche Herausforderung heraufbeschworen. Die Reeder können nur Wetten abschließen. Keiner kennt die zukünftige Preisdifferenz zwischen

HFO (higher-sulfur heavy fuel oil) und (MGO) (low-sulfur marine distillates–marine gas oil) bzw. MDO (marine diesel oil). Genau dieser Wert entscheidet aber über die Amortisation für die Millionen-Investition pro Schiff und Wäscher. Ganz ähnliches gilt für die Preisdifferenz zu LNG. Der Einsatz von LNG dürfte sich nur für Schiffe rechnen, die überwiegend in den ECA-Zonen (nur 0,1% S) fahren. Es verwundert daher nicht, daß bis heute weniger als 1% der Handelsflotte mit über 50 000 Schiffen umgestellt ist.

Bei den Raffinerien sieht es nicht besser aus. Man geht davon aus, daß die Preise für HFO weiter fallen werden (auf ca. 60% der Rohöleinstandspreise). Gewinner sind im Moment Raffinerien, die bereits über Coker und Hydrodesulfurierung verfügen. Sie können doppelt von den fallenden Preisen für HFO und den steigenden Preisen für schwefelarme Öle profitieren. Gerade für kleine Raffinerien ist das Investitionsrisiko in Milliardenprojekte viel zu groß. Außerdem werden die Preisdifferenzen um so kleiner, je mehr Raffinerien umstellen.

Wie gewaltig die Verschiebungen sein werden, zeigen die Bilanzen aus 2012: Es wurden weltweit insgesamt 260 Millionen to Schiffstreibstoffe verbraucht. Davon waren 223 Millionen to HFO und lediglich 37 Millionen to MGO/MDO. Für 2020 schätzt man den Verbrauch auf 352 Millionen to. Die Verteilung ist noch unabsehbar. Man muß deshalb mindestens von Mitte 2019 bis 2020 von stark schwankenden Preisen für Mineralölprodukte ausgehen. Wie die Weltwirtschaft darauf reagiert, weiß keiner.

Konsequenzen

Dies ist wieder mal ein Beispiel für die Festlegung von Grenzwerten – die der Mehrheit der Bevölkerung gar nichts sagen – durch ferne und abgehobene Gremien. Ähnlich der Stickoxide durch die EU. Die Bombe ist erst geplatzt, als der Normalbürger von Fahrverboten betroffen war. Aktuell hat man gerade die Diskussion über „unverbindliche Empfehlungen“ der UNO auf einem ganz anderen Gebiet. Auch die IMO-Grenzwerte waren einst nicht bindend. Hier setzt die Kritik an den einschlägigen Industrieverbänden ein. In der Phantasiewelt der Linken, schreiben die Lobby-Verbände die Gesetze. In der Realität ist das mitnichten so. Sie stehen einer Mauer von – überwiegend ungebildeten, aber ideologisch gefestigten – Politikern, Bürokraten und Nicht-Regierungsorganisationen gegenüber. Allesamt Personen, die für die wirtschaftlichen Konsequenzen ihres Handelns in keiner Weise verantwortlich sind. Die meisten sind nicht einmal demokratisch legitimiert. Das Vehikel Umweltschutz hat sich inzwischen als eine Gefahr für alle Gesellschaften herausgebildet. Auf keinem Sektor sind so viele Scharlatane und Ideologen unterwegs. Mit der zunehmenden Abnahme naturwissenschaftlicher Kenntnisse in Deutschland wird eine notwendige Aufklärung über technisch-wirtschaftliche Abhängigkeiten immer schwieriger.

Der Beitrag erschien zuerst auf dem Blog des Autors [hier](#)

EIKE mal wieder bei ARD Monitor zu Gast! – oder – Wie investigative Journalisten sich selbst versenken!

MONITOR, das Polit-Magazin des wdr in der ARD (Slogan: Wir sind eins!) will „unbequem sein, irritieren, provozieren – **Monitor** will Hintergrund liefern, Diskussionen anstoßen, Themen setzen.“ so behaupten die Macher kühn.

Nun denn, unbequem und provozierend war die Sendung vom 6.6.18, in der auch EIKE als Geisel genommen wurde, sicher nicht. Schlimmstenfalls irritierend, jedenfalls was die Behauptung anbelangt, die auch zum Titel der Sendung erkoren wurde:

„Klimawandel durch kosmische Strahlung? Klimawandel-Leugner im parlamentarischen Alltag.“

Videoausschnitt der ARD wdr -MONITOR Sendung vom 6.12.18. Mit Dank an FMD's TV Channel für die Bereitstellung dieses Ausschnittes. Der Anlass für den Rausschmiss war der unverfroren und sorgsam geplante Hausfriedensbruch durch das WDR Team.

Wer oder was zum Teufel sollen denn Klimawandel-Leugner sein, fragt sich der wissbegierige Zuschauer. Leugnen die das Klima, wie die Holocaust Leugner, die den Holocaust leugnen? Klima gibt's doch seit Urzeiten. Weiß doch jeder!

Doch offensichtlich wussten das die Jungs und Mädels, die immer schonungslos aufdecken, unbequem sein wollen und dazu noch irritieren und provozieren müssen, auch nicht so recht, denn im Beitrag selbst war davon kaum die Rede, stattdessen wurde immer von „selbsternannten Klimaskeptikern“ gar „Klimawandelskeptikern“ gesprochen. Auch das machte mich ratlos.

War ich doch einer der prominenten Gäste in diesem Bericht. Ich war also irritiert und wartete auf den Hintergrund. Doch der kam nicht. Also, dachte ich, nun haben die soviel über dich und deine Arbeit gesprochen, seltener mit mir, hätten die mir nicht sagen können, wie man zum amtlich geprüften „Klimaskeptiker“ wird, statt sich selbst zu ernennen?

Doch, ich gebe zu, dass ich mich nie – ebenso wenig wie meine Freunde und Kollegen weltweit- beim Amt für die Zulassung von „Klimaskeptikern“, um eine Ernennung zum „Klimaskeptikern“ bemüht habe. Ich weiß ehrlich gesagt auch nicht, ob ein solches Amt überhaupt existiert und wenn ja, wo es ist und wann es seine Bürgersprechstunde hat. Deswegen könnte die Bezeichnung „selbsternannte Klimaskeptiker“, gelegentlich zu „selbsternannten Klimawandelkeptikern“ erweitert – das klingt kenntnisreicher- eine gewisse Berechtigung haben, wenn man das nur auf „selbsternannt“ bezieht.

So recht wird man aber trotzdem nicht schlau, was die Monitorleute uns sagen

wollen. Was sie samt ihrer Offstimme und ihr von Steuergeldern, Demokratieabgaben und Gewerkschaftsknete gepampertes Autorenteam mit dieser Bezeichnung eigentlich dem Zuschauer vermitteln wollen.

Ich verstehe das jedenfalls so.

Es gibt staatlich geprüfte „Klimaskeptiker“, vielleicht sogar staatliche geprüfte und dann staatlich anerkannte „Klimawandelskeptiker“, und eben selbsternannte „Klimaskeptiker“.

Wenn das so gemeint ist, dann schließt sich aber sofort die Frage an: Wer von denen Selbsternannten oder meinetwegen auch von den staatlich anerkannten Klimawandelskeptikern, ist denn skeptisch, also zweifelt daran, dass es ganz allgemein Klima oder eben auch Klimawandel gibt?

Ich kenne keinen.

Die Porto Conference

Aber die Macher des Beitrages – sie seien hier nochmals erwähnt- Susanne Götze, Annika Joeres, [Jochen Taßler](#), Lutz Polanz und nicht zu vergessen Monitor Redakteur Achim Pollmeier, glauben diese sehr seltene Spezies anlässlich der [PORTO Konferenz](#) gesichtet zu haben. Dabei ging es dort ausschließlich um den Klimawandel. Zwei ganze Tage lang.

Merkwürdig, welchen Wahrnehmungsstörungen manche Fernsehjournalisten unterliegen! Die haben das nicht gemerkt.

Aber vielleicht meinen die ja etwas ganz anderes und stehen nur mit der Sprache auf dem Kriegsfuß, ein Manko, dass eher häufiger bei den sog. „Abgehängten“ verortet wird. Sollten diese Journos ebenfalls dazu gehören? Vielleicht meinten die jemand, der der bekennenden Kirche vom „menschgemachten Klimawandel“ skeptisch gegenüber steht. Der sei so ein „Klimawandelskeptiker“. Gewissermaßen als moderne und natürlich progressive Wortneuschöpfung, statt des alten hässlichen Wortes „Häretiker“?

Wie dem auch sei! Wenn es überhaupt einer Gruppen- oder gar Gattungsbezeichnung bedarf, dann wäre das Wort „Klimawissenschaftler“, oder „realistischer Klimawissenschaftler“ angebracht. Kurz und prägnant könnte man dann auch den Begriff „Klimarealisten“ benützen.

Aber darum ging es den Machern dieses Beitrages eigentlich nicht. Sie wollten nicht objektiv erklären, schon gar nicht aufklären – ob nun investigativ oder nicht – , oder unbequem sein, sie wollten eigentlich nur diffamieren. Sie wollten damit in der guten Tradition des öffentlich rechtlichen Rundfunks bleiben, alle und alles zu diffamieren, was von der Regierungslinie abweicht. Und da wohl viel, viel hilft, war es in den letzten 13 Monaten nun schon das fünfte Mal, dass die ARD diesen Versuch mit EIKE unternahm. Doch auch diesmal ging dieser Versuch schief.

Denn alles, was so im Laufes des Beitrages von Seiten der Klimarealisten gezeigt wurde waren simple Fakten, viele seit vielen Jahrzehnten bestens bekannt, während der vom Offsprecher ehrfurchtsvoll so genannte „anerkannte Klimaforscher“ (Minute 5:59) Anders Levermann, ausschließlich Plattitüden oder unbelegte Behauptungen von sich gab.

Wie zum Beispiel, dass er und seine Kollegen fest auf den Grundlagen der Physik stünde.

Das ist ja wohl noch das mindeste, was man von einem Klimaforscher, anerkannt oder selbsternannt, verlangen muss. Aber gerade bei Levermann sind Zweifel angebracht, denn er weiß z.B. nicht einmal wie sein Hauptakteur, das CO₂ Molekül, strukturell aufgebaut ist. Wird er korrigiert, beharrt er auf seinem falschen Wissen, wie es hier der [Chemiker Dr. Rainer Kraft](#) so nett vorführt.

Und auch die von Levermann zu Recht als Grundlage genannte Thermodynamik, scheint ihm nicht so zu liegen, denn er behauptet steif und fest, nur die Abweichungen von seiner zur Norm erklärten der Temperatur der Atmosphäre in Bodennähe von 15 ° C wären für das Klima relevant.

Obwohl er zuvor, richtigerweise in der Anhörung, auf die große Bedeutung des Stefan-Boltzmann Gesetzes hingewiesen hatte.

Dumm nur, dass bei dem ausschließlich die absolute Temperatur und nicht deren Abweichungen eine Hauptrolle spielt. Von der ist dort weit und breit nichts zu sehen.

Und, dass er nun so ganz noch nebenbei behauptet, er und seine Leute verstünden, was die Eiszeiten verursacht hätte, macht es auch nicht besser. Wäre es so, wäre er garantiert ein Nobelpreiskandidat.

Kurzum, der „„anerkannte Klimaforscher““ (Minute 5:59) Anders Levermann, legte ein faules Ei nach dem anderen, wenn mir diese politisch inkorrekte Bezeichnung erlaubt ist, der investigative Journalist hängt an seinen Lippen, stutzt in keinem Moment ob der Plattitüden des A. Levermann, und bringt jedes Wort 1:1 rüber.

Vom ebenfalls fast parallel vom selben investigativen Journalisten interviewten Nir Shaviv kommt hingegen nichts. Gar nichts. Wohl weil er in den Augen der Macher kein „anerkannter“ Klimawissenschaftler sein darf.

Fast schon hilflos und komisch, ja schon fast rührend, mutet dann der Versuch an, die Klimawissenschaftler, die das Klimageschehen realistisch sehen, in die rechte, wenn möglich sogar in die rechtsextreme Ecke zu schieben. Und prompt geht auch der schief. Ausgerechnet „investigative Journalisten“, welche vom „Europäischen Fonds für investigativen Journalismus“ sogar EU-Steuergeld für ihre Arbeit bekamen, merken nicht, dass der im Beitrag am

Anfang gezeigte Redner auf der [PORTO Konferenz](#), der mit dem etwas wirren Haarschopf, der Bruder von Jeremy Corbyn ist, dem extrem linken Chef der britischen Labour-Partei. Piers Corbyn, so heißt dieser Forscher, steht, wie sein Bruder Jeremy, politisch sehr weit links. Und außerdem ist er einer der erfolgreichsten britischen Meteorologen für langfristige Wetterprognosen. Ein ausgewiesener Fachmann, der sehr wohl viel von dem versteht, wovon er redet.

Soviel zum hilflosen Versuch, wenn es schon nicht mit der Stigmatisierung durch den Begriff „Klimaleugner“ in der Überschrift geklappt hat, die klimarealistischen Wissenschaftler, in die rechte, wenn möglich, rechtsextreme Ecke zu schieben.

Dann mussten die Macher, erkennbar sehr gegen ihren Wunsch und zum Kummer des Moderators auch noch zeigen, dass konservative Parteien mehr und mehr klimarealistische Positionen vertreten. Und dies obwohl sie, die Macher, sich doch seit vielen Jahren alle Mühe gaben, diese als rechts, rechts-populistisch, gar rechts-extrem, nun sogar im Verbund mit Klimaleugnern, oder selbsternannten Klimawandelleugnern, auszugrenzen. Gar zu Unberührbaren zu machen. Und nun das! Die werden ja trotzdem immer mehr!

Für jeden Normalo jedenfalls, der mit beiden Beinen fest auf der Erde steht, ist Klimawissenschaft weder rechts noch links, sondern nur richtig oder falsch. Dass die Linken, hauptsächlich vertreten durch ihren grünen Flügel, wieder einmal im Mußtopf sitzen und diese Realität nicht sehen wollen, lässt sich daher aus dieser Wandlung der konservativen Parteien wohl nur folgern, dass sie schon immer die Welt realistischer sahen, als die Linken. Die brauchen oft erst einen Scherbenhaufen, um dann den Konservativen zu folgen. So wird es auch beim Klimawandel geschehen, ob mit oder ohne amtliche Ernennung.

Übrigens: Alle Teilnehmer der Porto Konferenz, wie auch die Besucher der EIKE Konferenzen reisten auf eigene Kosten an. Ganz im Gegensatz zu den „investigativen“ Journalisten, die sich von der IG Metall über die [Otto Brenner Stiftung](#), der EU über den [„europäischen Fonds für investigativen Journalismus](#), bzw. der ARD vom Gebührenzahler bezahlen lassen.

Update Monitor hetzt wieder: Antrag auf Einstweilige Verfügung zum Verbot der widerrechtlich erlangten Videosequenzen vom Gericht mit abenteuerlicher Begründung abgelehnt

Das Landgericht hat entschieden – Hausfriedensbruch ist Journalisten erlaubt, wenn es sich um EIKE handelt. Raubvideos dürfen gemacht werden, wenn es sich um „Klimawandelskeptiker“ handelt – oder wie man Opfer zu Tätern macht.

[Bei Wikipedia findet man zum Thema Hausfriedensbruch](#)

Der Tatbestand gliedert sich in zwei Varianten: Tatbestandmäßig ist das vorsätzliche Eindringen gegen den Willen des Berechtigten in näher bestimmte Räumlichkeiten oder das Sich-nicht-Entfernen aus diesen Räumlichkeiten trotz der Aufforderung eines Berechtigten. Diese Räumlichkeiten sind [Wohnungen](#), [Geschäftsräume](#) und sonstige befriedete Besitztümer oder abgeschlossene [Räume](#), die für Zwecke des [öffentlichen Dienstes](#) oder [Verkehrs](#) bestimmt sind.

Beispiele: Jemand betritt trotz eines [Hausverbots](#) ein Ladengeschäft; jemand versteckt sich bei Geschäftsschluss in einer Toilette.

Für das Eindringen in einen Raum genügt bereits, dass der [Täter](#) unberechtigt einen Teil des Körpers in den befriedeten Bereich gelangen lässt. Ein Betreten mit dem gesamten Körper ist nicht notwendig; ausreichend ist schon der „Fuß in der Tür“. Störungen, die noch außerhalb der Wohnung oder des Besitztums bzw. an dessen Rand stattfinden, das Schlagen oder Treten gegen eine Tür sowie Störanrufe fallen nicht unter Hausfriedensbruch...

..Um einen Hausfriedensbruch abzuwehren bzw. zu beenden oder vorzubeugen, kann ein Hausverbot ausgesprochen werden. Der Hausherr ist befugt, das Hausverbot notfalls mit Gewalt ([Notwehr](#) ([§ 32 StGB](#))) durchzusetzen.

In der Begründung schreibt das Richterergremium der 27. Zivil Kammer des Landgerichtes Berlin mit Az.27 O 595/18 sinngemäß:

1. Der Antrag wird kostenpflichtig bei einem Verfahrenswert von 50.000 € zurückgewiesen.
 1. Kommentar: Wie andere Richterkollegen sagen, hätte die EV ergehen müssen!
2. Dies gelte, trotzdem das Gericht anerkennt, dass die „Begehungsgefahr“ – also die Absicht, die illegal erlangten Raubvideos, oder Teile davon, heute auszustrahlen- besteht.
 1. Kommentar: Allein dieser offenkundige Tatbestand, belegt durch die triumphierende [Twitterankündigung](#) des federführenden Machers Achim Pollmeier, hätte die Zulassung der EV ergeben müssen.
3. Das Gericht stellt sich aber unwissend und meint, es bliebe offen, welcher Inhalt die beabsichtigte Sendung heute Abend haben würde, denn ein Sendemanuskript läge nicht vor.
 1. Kommentar: Es geht allein um den beanstandeten Hausfriedensbruch, und die dadurch widerrechtlich erlangten Videosequenzen. Deren Inhalt hat mit der Klärung, was noch in der Sendung gezeigt wird, zunächst einmal, nichts zu tun. Das ist vergleichbar, als wenn ein Dieb in ein Haus eindringt, dort Sachen klaut, und dann behalten darf, weil man nicht weiß, was er später damit vor hat. Einerseits akzeptiert das Gericht eine reale Begehungsgefahr, andererseits wisse man ja nicht, was die heute Abend senden. Das ist wie beim Witz von Graf Bobby, der durchs Schlüsselloch in sein Schlafzimmer schaut und dort sieht, wie sein Freund Graf Ferdi mit Bobbys Frau ins Bett steigt. Dort wälzen sie sich eine Weile herum und machen dann das Licht aus. Darauf wendet sich Graf Bobby ab und stöhnt: Ach Gott, immer diese Ungewissheit!
4. Das Gericht behauptet, dass eine rein private Veranstaltung nicht vorgelegen hätte, da eine Registrierungspflicht bestanden hätte.
 1. Kommentar: Gerade die Registrierungspflicht macht aus einer öffentlichen Veranstaltung, zu der jeder kommen kann, eine private, wo der Hausherr entscheidet, wer kommen darf und wer nicht. Dass die Richter das umdrehen, unterstreicht einmal mehr ihre Voreingenommenheit.
5. Das Gericht begründet seine Ablehnung auch mit der Behauptung „dass das Thema Klimawandel von überragendem öffentlichen Interesse sei“. Hiervon erfasst sei auch, so das Gericht, „wie der Veranstalter einer internationalen Konferenz, also EIKE, gegenüber „kritischen“ Journalisten auftrete,
 1. Kommentar: Die Ansicht dass, das Thema Klimawandel von überragendem öffentlichen Interesse sei, ist sicher zutreffend, hat aber mit dem Bruch des Hausrechts zur Erlangung widerrechtlicher Videoaufnahmen, überhaupt nichts zu tun. Die Fragen – falls der Pollmeier welche hat stellen wollen, wie er behauptet- hätte der in aller Ruhe danach schriftlich stellen können. Wa er im Nachhinein auch tat.
 2. Ebenso wenig hat der geplante, überlegt durchgeführte Rechtsbruch des wdr Teams überhaupt nichts damit zu tun, wie EIKE mit kritischen Journalisten umgeht. Doch auch wenn es so wäre, liegt es allein im Ermessen von EIKE wie es das tut. Nichts davon entschuldigt die Zulässigkeit dieses Rechtsbruches, jedenfalls dann nicht, wenn man vom eisernen Rechtsgrundsatz dieses Staates ausgeht, dass jedermann vor dem Gesetz gleich ist. Manche sind

offensichtlich mit Billigung des Gerichtes gleicher. Noch schlimmer: Sie stehen darüber.

Monitor hetzt wieder: Klimawandel durch kosmische Strahlung? Klimawandel-Leugner im parlamentarischen Alltag

Im [Ankündigungstext](#) findet man:

In den USA sprechen prominente Politiker von der „Lüge“ des menschengemachten Klimawandels, in Dokumenten des europäischen Parlaments werden kosmische Strahlen als Grund für den Klimawandel genannt, und bei einem Fachgespräch im deutschen Bundestages tritt ein prominenter Skeptiker des Klimawandels auf. Vor allem rechtspopulistische Parteien in Europa greifen krude Theorien auf und erschweren so eine globale Klimaschutzpolitik. MONITOR zeigt, wie ein weltweites Netzwerk vermeintlicher Experten den wissenschaftlichen Kenntnisstand zum Klimawandel bekämpft.

Den Bericht verantworten: Susanne Götze, Annika Joeres, [Jochen Taßler](#), Lutz Polanz.

Frau [Dr. Susanne Götze](#) und Frau Annika Joeres sind EIKE aus schlechter Erfahrung gut bekannt. Mit von der Partie ist auch ein Herr Achim Pollmeier. Frau Joeres versuchte sich unter falschen Angaben zu ihrer Tätigkeit Zugang als Journalistin für 12.IKEK in München zu akkreditieren. Ebenso Herr Pollmeier, wenn auch ohne falsche Angaben. Dies wurde nicht nur von EIKE abgelehnt, sondern dem wdr wie auch seinem Team Hausverbot erteilt.

Das hinderte ein wdr Team -geführt von eben diesem Herrn Pollmeier- nicht daran, trotzdem zu erscheinen und in den Vorraum der Veranstaltung widerrechtlich einzudringen und von dort aus zu filmen, bis in den Tagungsraum hinein.

Erst mit Hilfe des Hotelmanagers konnten die ungebetenen Gäste hinausgedrängt werden. Dabei lief deren Kamera die ganze Zeit mit.

EIKE erstattete inzwischen Strafanzeige wg. Hausfriedensbruch und versucht eine Einstweilige Verfügung gegen die Verwendung der unserer Meinung nach

illegalen Filmaufnahmen zu erwirken.

Im Deutschen Bundestag erschien dann – mit Kameramann- Koautor Jochen Taßler. Er gab sich Herrn Limburg gegenüber zunächst als ARD Journalist aus, allein um zu verschleiern für welches Format des wdr er arbeitet. Erst auf Nachfrage gab er zu dass er für monitor arbeitet. Über die von EIKE eingereichte Klage gegen den wdr insbesondere Monitor gab er sich uninformiert. Später interviewte er Prof. Nir Shaviv. Dessen zurecht geschnittene Äußerungen werden vermutlich im angekündigten Beitrag zu hören bzw. Prof. Nir Shaviv zu sehen sein.



Kameramann von monitor bei der illegalen Aufnahme in Vorraum der Konferenz IKEK 12 am 23.11.18 in München. Bild EIKE

Bald ist zu hören und zu sehen, wie weit der wdr gehen wird, um seine Diffamierungskampagne gegen EIKE und vorzugsweise sein reales oder vermutetes Umfeld fortzuführen. Die „Haltung“ des Chefs des Formats Monitor lässt jedenfalls nicht auf ehrliche, neutrale, objektive und umfassende Berichterstattung hoffen, wie es der Rundfunkstaatsvertrag eigentlich vorschreibt.

[Mit Haltung statt als neutraler Beobachter](#)

Kattowitz: Das Erdsystem steuern? Welche Hybris!

Derzeit trifft sich wieder einmal der globale Klimazirkus, diesmal im polnischen Kattowitz zur 24. UN-Klimakonferenz (COP24). Zwei Wochen lang wird getagt; die Organisatoren erwarten bis zu 30.000 Teilnehmer aus aller Welt; über zweitausend NGOs sind zugelassen. Sie und die UN-Bürokraten wollen vor allem Regeln zur Umsetzung der *Pariser Vereinbarung* festlegen. Eile ist geboten: „Die nächsten paar Jahre“, so erklärte [Debra Roberts](#) vom Weltklimarat IPCC, „sind die wahrscheinlich wichtigsten unserer Geschichte.“

Zur Vorgeschichte: 2009, auf der Kopenhagener Klimakonferenz, sollte ein Vertrag als Nachfolger für das Kyoto-Protokoll erreicht werden. Das ging vollkommen daneben. Industrienationen und aufstrebende Länder wie China und Indien schieden im Krach und ohne Übereinkunft. Mit der Klimakanzlerin war Schluss; zurück in Berlin schwor Angela Merkel, sie würde sich nie wieder so demütigen lassen.

Sechs Jahre später, auf der Pariser Klimakonferenz (COP21), ein neuer Anlauf, um eine für alle Staaten rechtlich verbindliche Vereinbarung zur Begrenzung der Erderwärmung zu erreichen. Wärmer als 2°C über dem vorindustriellen Niveau dürfe es nicht werden. „Schützen wir den einzigen Planeten, den wir haben, solange wir es noch können“, gelobte der damalige amerikanische Präsident Barack Obama.

Absichten, aber keine vertraglich geregelten Ziele

Ein Krach wie in Kopenhagen blieb diesmal aus, aber auch ein verbindlicher Vertrag. Immerhin einigten sich die Staatschefs in letzter Minute auf eine wohlklingende, vage Übereinkunft. Darin formulierten sie das Bestreben, „die globale Antwort auf den drohenden Klimawandel zu verstärken“ und die Erwärmung „deutlich unter 2°C zu halten“. Wie, wird nicht gesagt. Man vereinbarte Absichten, aber keine vertraglich geregelten Ziele. Jedes Land konnte selbst festlegen, um wie viel es seinen CO₂-Ausstoß verringern wollte.

Dennoch wurde die Pariser Vereinbarung zu einem „historischen Abkommen“ hochgelobt. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung WBGU machte daraus den „ersten völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zum Klimawandel“ und betonte, dass sich die Staatengemeinschaft „verbindlich“ auf die 2°C-Grenze, geeinigt habe.

Da hatte der Beirat arg übertrieben. Völkerrechtlich verbindlich, „einklagbar“, ist das Pariser Abkommen nicht. Was der WBGU im Dezember 2015 formulierte, war Wunschdenken, vielleicht auch eine sich selbst erfüllende

Prophezeiung. In Kattowitz könnten sich diese Wünsche erfüllen, denn die Klimaschutzbürokraten wollen an die Stelle bloßer Absichten klare Regeln setzen. Aus „weichen Absichtsbekundungen“ entstünde dann „schnell hartes Recht“. So formulierte es der Völkerrechtler Matthias Herdegen jüngst im Cicero – allerdings bezogen auf den derzeit aktuellen Streit um den Migrationspakt. Parallelen sind unverkennbar.

Ansetzen will man bei den in Paris vereinbarten NDCs (Nationally Determined Contributions). Jeder Unterzeichnerstaat gibt an, um wieviel er den CO₂-Ausstoß bis zu einem bestimmten Zeitpunkt senken will. Diese nationalen Ziele sind völkerrechtlich nicht verbindlich. Erreicht ein Land sie nicht, drohen keine Sanktionen (zumindest jetzt noch nicht). Die Staaten sollen aber Maßnahmen ergreifen, um diese umzusetzen. Alle fünf Jahre werden Ziele und Maßnahmen überprüft.

Daran hapert es allerdings. Laut einer Studie der [London School of Economics](#) (LSE) haben von den 197 Unterzeichnern 147 ihre NDCs gemeldet. Entsprechende Maßnahmen hätten aber nur 58 Staaten ergriffen. Und das wohl recht halbherzig. Denn, so die Studie, von diesen befänden sich gerade einmal sechzehn Länder in Übereinstimmung mit ihren selbstgesetzten Zielen. Insbesondere die G20-Nationen kommen bei [Climate Transparency](#), einer unter anderem vom Bundes-Umweltministerium finanzierten internationalen NGO, schlecht weg. Keiner der Staaten läge „auf einer Linie mit dem Pariser Abkommen“. Weder die EU noch Mexiko, Australien, Brasilien, Kanada, Japan oder die Türkei seien auf dem Weg, ihre Emissionsziele für 2030 zu erreichen.

Die Klimabürokratie kräftig aufblähen

Viele der Vertragsstaaten sehen offenbar die Dringlichkeit des Klimaschutzes recht gelassen. Sicher ist auch so mancher Regierung klar geworden, dass CO₂-Abgaben, Steuererhöhungen oder steigende Strompreise schädlich für Wirtschaft und Gesellschaft sind. Die amerikanische Regierung hat sich deshalb schon vom Paris Abkommen verabschiedet; der französische Staatspräsident Emmanuel Macron muss derzeit erfahren, welche soziale Brisanz teure Maßnahmen zum Klimaschutz entfalten.

Natürlich ist die UN-Bürokratie mit der nachlässigen Klimapolitik vieler Länder nicht zufrieden. So drohte António Guterres, der Generalsekretär der UNO, Ende September mit einem „galoppierenden Klimawandel“ und schulmeisterte: „Viel zu viele Führer haben sich geweigert zuzuhören. Viel zu wenige haben mit der Voraussicht gehandelt, welche die Wissenschaft verlangt.“

Verlangt wird ein „robustes Regelwerk“. Klimaschutzziele sollen mengenmäßig festgelegt und in nationale Gesetze und Klimapolitik überführt werden. Fortschritte sollen überprüft, nationale Ziele mit internationalen Verpflichtungen abgeglichen und Staaten für ihre Zusicherungen haftbar gemacht werden. Absehbar ist, dass diese Aufgabenfülle die Klimabürokratie kräftig aufblähen wird.

Bereits jetzt überprüft die seit 1995 in Bonn ansässige UNFCCC (U.N. Framework Convention on Climate Change) jährlich, was sich getan hat. Alle

fünf Jahre müssen die Vertragsstaaten Rechenschaft ablegen. Für diesen Prozess, wohl eine Art von Kritik und Selbstkritik, sind vier Monate angesetzt. Alle fünf Jahre setzt jeder Staat neue Ziele. Ein Zurück gibt es nicht. Die Bürokraten haben für diesen aufwendigen Vorgang einen schönen neuen Begriff gefunden: „ratcheting-up process“. Ein Handwerker zieht mit einer Ratsche (Knarre) Schrauben an. Bei jeder Drehung rastet eine Sperre ein; unerbittlich geht es nur vorwärts, bis das Stück fest sitzt.

Der Handwerker kann seine Ratsche lösen. Mit der „Klimaratsche“ geht das nicht. So soll es dann mit der Globaltemperatur flutschen. Alle fünf Jahre eine weitere Drehung der Klimaratsche: neue, höhere Vorgaben, drastischere Maßnahmen. Abgaben und Energiepreise steigen, mehr Kohlekraftwerke schließen, Gasheizungen werden stillgelegt, Benziner und Dieselfahrzeuge verschrottet. Stetig wachsen Maisfelder und Windradwälder. Die aktuelle Temperaturkurve schmiegt sich dabei immer stärker der 1,5 Grad-Celsius-Leitplanke an, bis schließlich der Planet erleichtert aufatmet. Gerade noch die Kurve gekriegt!

Aber teuer wird es: Bis 2035 müsse die Welt, so steht im der IPPC-Bericht, jedes Jahr 2,4 Billionen Dollar in saubere Energie investieren. Und Kohlestrom müsse 2050 nahezu vollständig verschwunden sein.

Fürchtet euch

Wenn nicht, dann ... ja, dann droht mal wieder der Untergang. Wie immer vor jedem Klimagipfel ist es kurz vor zwölf. „Bei der COP 24 geht es um alles!“, sorgte sich der [Vorwärts](#) Mitte November. Wofür „alles“ steht, machte der Weltklimarat in seinem letzten [Sonderbericht](#) klar. Selbst die bislang anvisierten zwei Grad führten in Abgrund. Zum Überleben brauche es 1,5°C. „Schnelle, weitreichende und noch nie dagewesene Veränderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen“ seien notwendig.

Schon im August hatten Autoren um Hans Joachim Schellnhuber vom Potsdamer Institut für Klimafolgenabschätzung (PIK) mit [dramatischen Spekulationen](#) über ein drohendes „Hothouse Earth“ Schlagzeilen gemacht. Sich „selbstverstärkende Rückkopplungen“ könnten das „Erdsystem“ über eine „planetarische Schwelle“ treiben und damit eine Stabilisierung des Klimas verhindern. Eine stetige Erwärmung auf dem „Weg ins Hothouse“ wäre die Folge.

„Kollektives Handeln der Menschheit“ sei erforderlich, um das Erdsystem von dieser Schwelle wegzusteuern und es auf einem wohnlichen, zwischeneiszeitlichen Zustand zu stabilisieren. Das erfordere die Übernahme von „Verantwortung für das ganze Erdsystem – Biosphäre, Klima und Gesellschaften“ und beinhalte „die Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, die Verbesserung biosphärischer Kohlenstoffsenken, Verhaltensänderungen, technologische Innovationen, neue Formen von „Governance“ und veränderte Wertvorstellungen der Gesellschaft“.

Das Erdsystem steuern, welch grandioser Hochmut. Davon abgesehen – wer steuert, wer übernimmt die Verantwortung für die ganze Erde, wer sorgt für kollektives Handeln? Dafür, so könnte man die Forderungen interpretieren, braucht es wohl „World Governance“ durch eine globale Klimabürokratie. Die amerikanische Regierung hat das Pariser Abkommen u.a. deshalb aufgekündigt,

weil es die Souveränität des Landes bedrohe.

Worum es tatsächlich geht ...

Liest man Artikel wie den von Schellnhuber oder die „Summary for Policymakers“ des IPCC, beschleicht einen ein wachsendes Gefühl von Unwirklichkeit. Wie lässt sich Klima schützen? Vor wem oder was? Woher kommt überhaupt die 2-Grad-Leitplanke? Und wieso gelten diese 2°C nun plötzlich als gefährlich, 1,5°C aber als gut? Sind die Autoren sich nicht klar darüber, dass eine Globaltemperatur letztlich auch nur ein Modell ist?

Lauter Fragen. Und vor allem diese. Was belegt, dass Kohlendioxid schuld am Klimawandel ist? Denn dies ist das Dogma: menschengemachtes Kohlendioxid führe zur katastrophalen Erwärmung und durch Manipulation des CO₂-Gehalts lasse sich das Klima schützen.

Vorweg folgendes: Klima ist ein (sehr) komplexes, dynamisches und multifaktorielles System, und diese Systeme lassen sich prinzipiell nicht vorhersagen. Und natürlich wandelt sich das Klima, hat es schon immer getan. Und wärmer ist es auch geworden. Schließlich hatten wir vor kurzem noch eine kleine Eiszeit. Menschliche Tätigkeit beeinflusst vieles auf der Erde und natürlich auch das Klima. Aber wir sind nur einer von vielen Faktoren.

Man sollte auf dem Teppich bleiben. Dort steht die herrschende Klimapolitik schon lange nicht. Sie hat ihre Bodenhaftung verloren. Hier die „Killer“-Schwachpunkte globaler Klimapolitik:

- Zu behaupten, der Mensch könne eine derart große, komplexe Sache wie das Klima lenken, hätte in der griechischen Götterwelt homerisches Gelächter ausgelöst. Warum nicht auch die Erdachse ein wenig richten?
- Ebenso absurd ist die Vorstellung, dass eine einzige Stellschraube, das durch menschliche Tätigkeit freigesetzte Kohlendioxid, ausreicht, um die globale Temperatur zu regeln. Das Kohlendioxid ist nur einer (und nicht einmal ein besonders wichtiger) von vielen Faktoren, die den irdischen Energiehaushalt beeinflussen. Folgerichtig findet man auch in der geologischen Vergangenheit kaum Perioden, wo Temperatur und Kohlendioxidgehalt im Gleichschritt laufen.
- Perfide ist die Verteufelung von Kohle und Kohlendioxid. Kohlenstoff ist essenzieller Bestandteil des Lebens auf der Erde. Kohlendioxid ist unerlässliche Nahrung.

Wie inzwischen vielfach nachgewiesen (von der Klimalobby allerdings hochmütig ignoriert), hat der steigende CO₂-Gehalt in der Luft die Vegetation weltweit kräftig zuwachsen lassen. Und das seit Jahrzehnten. Aktuell dürfte die Überfülle an Obst und Früchten, an Nüssen und Samen, die der Sommer gebracht hat, dem Zusammenwirken von Wärme und mehr Kohlendioxid zu danken sein.

Im besten Fall eine Illusion, im schlimmsten Fall mörderisch

Kohlenstoffe treiben unsere Gesellschaft an. Unseren hohen Lebensstandard, unser Wohllleben und unsere Langlebigkeit verdanken wir den fossilen Brennstoffen. Kurz und zugespitzt gesagt: Kohlenstoff bedeutet Leben. Der

Kampf dagegen ist der Kampf gegen das Leben.

Das gigantische Vorhaben „Klimarettung“ ist im besten Fall eine Illusion, im schlimmsten Fall mörderisch und nur ein Vorwand, um andere Ziele zu erreichen. Um welche Ziele es sich handelt, ist kein Geheimnis.

Internationale Klimapolitik sei keine Umweltpolitik, sagte Ottmar Edenhofer, stellvertretender Direktor des PIK, schon 2010 in der NZZ. „Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um.“

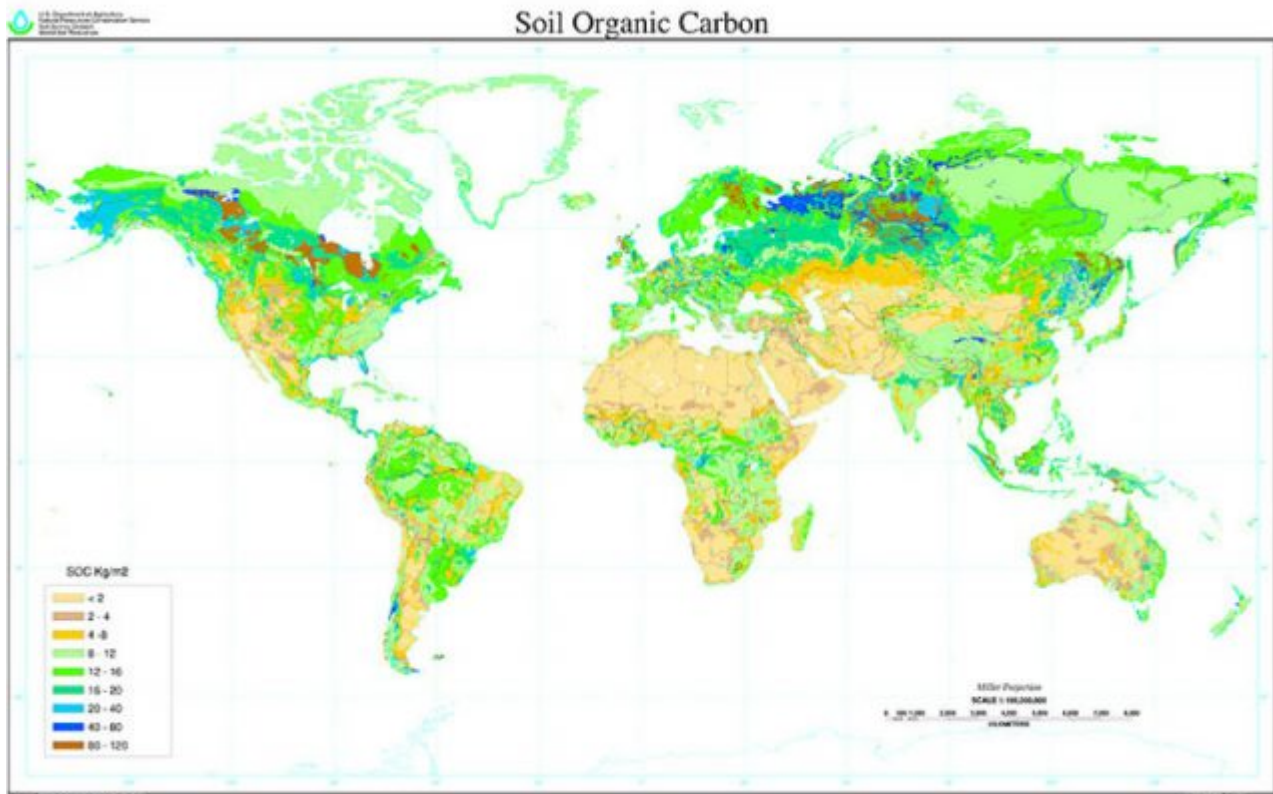
Der Atmosphärenphysiker Richard Lindzen, vormals Professor für Meteorologie am MIT, hat das absurde Theaterstück „Klimapolitik“ jüngst präzise und umfassend in einem [Satz](#) beschrieben:

„Da haben wir's. Eine unwahrscheinliche Annahme, gedeckt durch Falschaussagen und ständig wiederholt, ist zu politisch korrektem ‚Wissen‘ geworden und dient dazu, die industrielle Zivilisation umzustürzen.“

Bleibt zu hoffen, dass sich die Industrienationen in Kattowitz nicht noch tiefer in der Klimafalle verstricken.

Wie Böden das Klima beeinflussen

Dem Max-Planck-Institut für Biogeochemie in Jena ist es gelungen, eines der begehrten Projekte des Europäischen Forschungsrats (European Research Council ERC) im Umfang von einer Million Euro zu gewinnen. Das Projekt QUASOM, das sich der Rolle des Bodens für das globale Klima widmet, konnte sich europaweit bei einer Förderquote von nur drei Prozent gegen mehr als 9000 Konkurrenten durchsetzen. Es wird von der Europäischen Union über fünf Jahre gefördert.



Wieviel CO₂ ist im Boden enthalten?

Diese Karte zeigt, wieviel organischer Kohlenstoff weltweit in Böden vorhanden ist

© [U.S. Department of Agriculture](http://www.nrcs.usda.gov)

Das Projekt, das Nachwuchsgruppenleiter Markus Reichstein zusammen mit seinen Kollegen am Max-Planck-Institut Gerd Gleixner, Marion Schrupf, Christian Beer und Thomas Wutzler beantragt hatte, widmet sich der Rolle des Bodens für das Klima. „Die Böden der Erde enthalten mehr als doppelt soviel Kohlenstoff wie die Atmosphäre“ erklärt Markus Reichstein, „und jedes Jahr strömen global schätzungsweise 60 bis 80 Gigatonnen (1 Gigatonne = 1 Million x 1 Million Tonnen) als Kohlendioxid vom Boden in die Atmosphäre, also etwa zehnmal so viel wie die aktuellen CO₂-Emissionen durch den Menschen.“ Allein das macht die Bedeutung der Böden für den Kohlenstoffkreislauf und damit für das Klimasystem deutlich. „Die Repräsentation des Bodens in heutigen Klimamodellen, wie sie auch vom Weltklimarat (IPCC) angewendet wurden, ist jedoch erstaunlich simpel und vernachlässigt wichtige, insbesondere biologische Prozesse. Diese Lücke wollen wir helfen, zu schließen“, sagt Markus Reichstein.

Das Projekt kann dabei auf eine hervorragende Infrastruktur am Institut und in der durch die Max-Planck-Gesellschaft geförderten „Selbstständigen wissenschaftlichen Nachwuchsgruppe“ sowie auf reichhaltiges Wissen aus den Institutsabteilungen Biogeochemische Prozesse (Ernst-Detlef Schulze; detaillierte Ökosystemprozessstudien) und Biogeochemische Systeme (Martin

Heimann, globale Beobachtung des Kohlenstoffkreislaufs) aufbauen. Nicht zuletzt erhoffen die Antragsteller auch eine Intensivierung der Zusammenarbeit und Synergien mit den ausgezeichneten Boden- und Umweltwissenschaftlern der FSU Jena (z. B. Institute für Geowissenschaften, für Geographie, für Ökologie und für Mikrobiologie), die insgesamt zu einer weiteren wesentlichen Stärkung des umweltwissenschaftlichen Profils am Standort Jena führen werden.

UN-Klimakonferenz in Katowice 2018 wird von Kohlelobby bezahlt, China will Kernkraft ausbauen

Bevor die Klimakonferenz in Katowice am Sonntag begann, war das Gastgeberland Polen bei vielen Klimaschützern schon in Ungnade gefallen. Denn einige Tage vor Beginn der Konferenz wurde bekannt, wer den Klimagipfel sponsert: Die polnischen Kohlekonzerne PGE, Tauron, JSW und der Gaskonzern PGNiG. Eine Klimaposse.

Kanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Macron reisen erst gar nicht zur Konferenz an. Es reisen überhaupt nur ca. 30 von ca. 200 Staats-/ Regierungschefs an. US-Präsident Donald Trump hat sich aus dem Pariser Abkommen verabschiedet. Und Russlands Präsident Putin testet lieber die neue Kalaschnikow, als sich ums Klima zu kümmern. Und China, als Vorzeigeland der Klimalobbyisten für den Ausbau der erneuerbare Energien ist Kohleweltmeister, Weltmeister im Bau von neuen Autos mit Verbrennungsmotor, Exportweltmeister und Weltmeister im CO₂- und Treibhausgasausstoß. Rund zwei Drittel der Stromerzeugung Chinas 2016 kam aus Kohle. Rekordmengen! Gleichzeitig baut es auch die Atomkraft stark aus.

2016 hat China die installierte Leistung aus AKWs um rund acht Gigawatt auf 34 Gigawatt gesteigert, die größte Steigerung bei der Atomkraftnutzung, die es bisher gab. Und so soll es weitergehen: Der Vorsitzende der China General Nuclear Power Corporation, He Yu, wird vom englischsprachigen Parteiorgan „China Daily“ mit den Worten zitiert, dass Chinas installierte Leistung aus Atomkraft bis 2030 mindestens 130 Gigawatt betragen müsse. Dies sei notwendig, um die von Premier Li Keqiang vorgegeben Pläne zur Emissionsreduzierung zu erfüllen. Vier bis sechs neue Reaktoren sollen He Yus Vorstellungen zufolge dafür jährlich ans Netz gehen. Der Atommanager bekräftigte damit die beim Volkskongress 2016 verabschiedete Vorgabe von 110 AKWs, die bis 2030 in China am Netz sein sollen.

Neue Meiler made in China sollen aber nicht nur im Inland, sondern auch in den Anrainerstaaten entlang der so genannten „Neuen Seidenstraße“ durch Zentralasien und Pakistan entstehen. Sogar in Großbritannien will China einen

Reaktor der „dritten Generation“ errichten. So will China zum großen Klimaretter werden. Die Klimaschutzorganisationen in Deutschland und Greenpeace dürften begeistert sein.

Der Beitrag erschien zuerst bei Science Sceptical [hier](#)